



Staatssekretariat für Wirtschaft  
Direktion für Wirtschaftspolitik  
Vernehmlassung LadÖG Motion Lombardi  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[wp-sekretariat@seco.admin.ch](mailto:wp-sekretariat@seco.admin.ch)

Bern, 30. Mai 2014

**Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz über die  
Ladensöffnungszeiten (LadÖG) – Umsetzung Motion Lombardi  
(12.3637)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem Vernehmlassungsverfahren zum neuen Bundesgesetz über die Ladensöffnungszeiten bzw. zur Umsetzung der vom Parlament angenommenen Motion Lombardi (12.3637): Frankenstärke. Teilharmonisierung der Ladensöffnungszeiten. Wir nehmen gerne dazu Stellung.

Ganz grundsätzlich stellt die SP Schweiz fest, dass entgegen anderslautender Beteuerungen von bürgerlicher Seite derzeit mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen versucht wird, schrittweise den Schutz der Arbeitnehmenden auszuhöhlen und eine 24-Stunden-Dienstleistungsgesellschaft zu ermöglichen: So folgen auf die Parlamentarische Initiative Lüscher (09.462) die Motionen Abate (12.3791) und Lombardi (12.3637) sowie die Motionen Buttet (11.4086) und GLP (12.4268). Argumentiert wird dabei immer mit veränderten Konsumgewohnheiten sowie angeblichen Wettbewerbsnachteilen. So begrüsst auch der Bundesrat im vorliegenden Erläuternden Bericht die Motion Lombardi mit Verweis auf „Verzerrungen der Wettbewerbssituation“ und dem Wunsch nach „einheitlichere(n) Wettbewerbsbedingungen“.

Was diese gesetzlichen Anpassungen für die betroffenen Arbeitnehmenden bedeutet, wird ausgeblendet. Das ist umso stossender, weil die ent-

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)  
[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

sprechenden Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmenden auf kantonaler Ebene wiederholt an der Urne bestätigt und dabei unverhältnismässige Liberalisierungsvorhaben aufgrund mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung demokratisch verhindert worden sind: In den letzten Jahren haben die Stimmberechtigten bei kantonalen Vorlagen in 12 von 13 Fällen Nein gesagt zu längeren Ladenöffnungszeiten.

Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, wie sie die Motion Lombardi verlangt, würde hingegen für das Personal konkret die Verteilung der Arbeitszeit auf mehr Arbeitstage pro Woche, also ausgedehntere Arbeitsinsätze ohne Lohnsteigerung, gleichzeitig aber auch mehr Späteinsätze und mehr Wochenendarbeit bedeuten. Je nach Kanton wäre das Personal mit teilweise deutlich längeren Arbeitszeiten konfrontiert.

Dieses neue Gesetz stellt mit zwingenden kantonalen Ladenöffnungszeiten (6 bis 20 Uhr werktags bzw. bis 19 Uhr samstags) für alle Detailhandelsbetriebe einen massiven ordnungspolitischen Eingriff dar. Zudem stellt sie einen absolut unnötigen und nicht zu rechtfertigenden Eingriff in kantonale Kompetenzen dar.

Der Motion liegt die falsche Annahme zugrunde, längere Ladenöffnungszeiten würden automatisch zu mehr Umsatz führen und so die negativen Auswirkungen der Frankenstärke kompensieren.

Die Erfahrungen mit längeren Ladenöffnungszeiten in Grenzkantonen wie Zürich oder Aargau belegen jedoch, dass die wirtschaftlich schwierige Situation im Detailhandel nicht durch kantonal unterschiedliche Öffnungszeiten bedingt ist, sondern viel mehr mit der Hochpreisinsel Schweiz erklärt werden kann: Die Einkäufe über die Grenze sind trotz der ausgeweiteten Öffnungszeiten nicht zurückgegangen. Diese Erfahrungen sind wissenschaftlich erklärbar, denn längere Öffnungszeiten führen nicht zu mehr Einkäufen, sondern einfach zu einer Verteilung bzw. Verlagerung der gleichen Umsatzmenge auf eine längere Zeitperiode und damit zu höheren Kosten.

**Aus all diesen Gründen lehnt die SP den vorliegenden Entwurf des Bundesgesetzes über Ladenöffnungszeiten als Umsetzungsvariante der Motion Lombardi ab.**

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Stefan Hostettler  
stv. Generalsekretär